

Antrag A 001

zur 4. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirks Mainfranken
am 20.02.2021

<p>Lfd. Nr. A 001</p>	<p>a) Antragstitel b) Antragsteller c) Wortlaut des Antrages bzw. der EntschlieÙung und Begründung d) Ursprung des Antrages</p>	<p>Stellungnahme der Antragskommission</p>
	<p>a) Netzausbau vorantreiben</p> <p>b) Bezirksfrauenkonferenz Mainfranken</p> <p>c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen: die zuständigen Gremien der IG BCE werden aufgefordert sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, den Netzausbau weiter voranzutreiben und die Verfügbarkeit von schnellen Datenleitungen mit mindestens 4G Datengeschwindigkeit auszubauen. Es müssen vermehrt Fördermittel von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die Corona Pandemie ist deutlich geworden, wie notwendig die uneingeschränkte Verfügbarkeit von Glasfaserleitungen im Bundesgebiet ist. Leider ist dies noch lange nicht flächendeckend verfügbar. Im internationalen Vergleich ist Deutschland immer noch der Außenseiter. Aktuell gibt es eine LTE-Abdeckung von 65,5 %. Damit rangiert Deutschland auf Rang 70 im Vergleich der Volkswirtschaften. Um Deutschland als Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort attraktiv bleiben zu lassen, führt kein Weg an einem Netzausbau vorbei. Vor allem ländliche Regionen sind von einer Versorgung mit 4 G Datenleitungen noch weit entfernt. Nur mit einer Verbindungsgeschwindigkeit von mindestens 4G ist eine stabile und schnelle Verbindung möglich. Dazu kommt, dass Homeoffice und mobiles Arbeiten, sowie Homeschooling und digitale Weiterbildungen für die Zukunft nicht mehr weg zu denken sind. Deshalb muss die Regierung die Versorgung mit</p>	<p>Annahme Mit folgenden Änderungen: c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen: die zuständigen Gremien der IG BCE werden aufgefordert sich bei der Landes- und Bundesregierung dafür einzusetzen, den Netzausbau weiter voranzutreiben und somit die Verfügbarkeit von schnellen Datenleitungen mit mindestens 4G Datengeschwindigkeit auszubauen.</p> <p>Weiterleitung an die IG BCE Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern</p> <p>und</p> <p>Weiterleitung an die DGB Bezirksdelegiertenkonferenz Bayern</p>

	<p>einer verlässlichen und sicheren Datenverbindung unabhängig vom Standort für alle Regionen gewährleisten. Nur so kann eine gewisse Chancengleichheit hergestellt werden dies gilt im Fall der Versorgung mit einer stabilen und schnellen Internetverbindung nicht nur in Bezug auf eine Ungleichheit durch die soziale Herkunft sondern auch für die Ungleichheit auf die Herkunft zwischen Stadt und Land.</p> <p>Durch den Ausbau stabiler Glasfaserleitungen, werden Struktur schwache Regionen attraktiver für Unternehmen. Dies ist die Basis für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.</p> <p>Um auch sozial schwachen Familien die gleichen Chancen zu ermöglichen, benötigen wir Fördermittel für den Ausbau der Glasfaserleitungen für die Kommunen und Fördermittel für die Ausstattung mit flächendeckenden, leistungsstarken Internetverbindungen und der notwendigen Hardware sowie den Ausbau von kostenlosen Hotspots in Städten und Gemeinden und öffentlichen Netzzugängen. Dafür muss die Bundesregierung den Netzausbau schnellstmöglich umsetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass eine Chancengleichheit für alle Familien, Alleinerziehende sowie Alleinstehende und vor allem sozial schwachen Personen besteht.</p> <p>d) Bezirksfrauenausschuss Mainfranken</p>	
--	--	--

Antrag A 002

zur 4. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirks Mainfranken
am 20.02.2021

<p>Lfd. Nr. A 002</p>	<p>a) Antragstitel b) Antragsteller c) Wortlaut des Antrages bzw. der Entschließung und Begründung d) Ursprung des Antrages</p>	<p>Stellungnahme der Antragskommission</p>
	<p>a) Chancengleichheit bei der Digitalisierung an Berufsschulen b) Bezirksjugendkonferenz Mainfranken c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen:</p> <p>Die zuständigen Stellen der IG BCE werden aufgefordert, sich bildungspolitisch dafür einzusetzen, dass jeder Auszubildende einen Zugang zu einem Arbeitsplatz zur Teilnahme am digitalen Berufsschulunterricht bekommt. Hierfür muss ein Internetzugang zur Verfügung gestellt werden. Zur Umsetzung sollten den Auszubildenden mobile Endgeräte mit Beginn der Ausbildung zur Nutzung bereitgestellt werden, um im Notfall auch von daheim aus am Unterricht teilnehmen zu können. Des Weiteren sollte die notwendige Software für die auszuführende Arbeit und die Berufsschule vorhanden sein.</p> <p><u>Begründung:</u> Um die berufliche Handlungsfähigkeit zu garantieren, werden vom Arbeitgeber nach § 14 BBiG bisher kostenlos Ausbildungsmittel, die die betriebliche Ausbildung betreffen bereitgestellt. Davon ausgenommen, sind bisher die Ausbildungsmittel für die Berufsschule. Die Corona-Pandemie zwingt viele Schulen die lang überfällige Digitalisierung voranzutreiben, dabei ist jedoch nicht jeder Ausbildungsberuf und jede*r einzelne Auszubildende gleichgestellt. So hat sich zum Beispiel herausgestellt, dass während des Distanzunterrichts nicht alle Schüler*innen (v.a. Zuhause) die gleichen Möglichkeiten hatten den Unterrichtsstoff zu verfolgen. Vor allem das Fehlen von Hard- und Software führte zu Lücken im</p>	<p><u>Annahme mit Änderungen:</u> c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen: Die zuständigen Stellen der IG BCE werden aufgefordert, sich bildungspolitisch dafür einzusetzen, dass jeder Auszubildende einen Zugang zu einem Arbeitsplatz zur Teilnahme am digitalen Berufsschulunterricht bekommt oder die notwendige technische Ausstattung für mobiles Arbeiten gestellt bekommt.</p> <p>Weiterleitung an die IG BCE Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern, und Weiterleitung an die IG BCE Landesbezirksjugendkonferenz Bayern und Weiterleitung an die DGB Bezirkskonferenz Bayern</p>

	<p>Lernprozess und sorgte für unterschiedliche Chancen.</p> <p>Besonders Schüler*innen aus sozialökonomisch schwachen Verhältnissen werden hier häufig massiv benachteiligt. Die Digitalisierung, die auf der Arbeit gegeben ist, wird in den eigenen vier Wänden oft nicht erreicht und steht so dem Erreichen der Lernziele erheblich im Weg.</p> <p>Zudem sind die sehr wenigen mobilen Endgeräte, die von Schulen zu Verfügung gestellt werden könnten, oft veraltet oder beschädigt. Aus diesem Grund und vor der weiteren Gefahr eines erneuten Distanzunterrichts, sollten wir das Thema möglichst dringend angehen.</p> <p>Bildung muss für alle sein! Dies gelingt jedoch nur, wenn Chancengleichheit sichergestellt ist.</p> <p>c) Bezirksjugendausschuss Mainfranken</p>	
--	---	--

Antrag A 003

zur 4. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirks Mainfranken
am 20.02.2021

<p>Lfd. Nr. A3</p>	<p>a) Antragstitel b) Antragsteller c) Wortlaut des Antrages bzw. der EntschlieÙung und Begründung d) Ursprung des Antrages</p>	<p>Stellungnahme der Antragskommission</p>
	<p>a) Betriebsratswahl: Verhältniswahl mit offenen Listen</p> <p>b) Vertrauensleute der Fresenius Medical Deutschland GmbH, Werk Schweinfurt</p> <p>c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen:</p> <p>Der geschäftsführende Vorstand der IG BCE soll sich dafür einsetzen, dass bei der Wahl zum Betriebsrat auch bei Listenwahl Personen gewählt werden können. In einer „Verhältniswahl mit offenen Listen“ als das für kleine Wahlen demokratischere Wahlverfahren.</p> <p><u>Begründung:</u> In der Betriebsratswahl ist die Listenwahl vorgeschrieben, sobald mehr als eine Liste eingereicht wird. Die Beschäftigten wünschen sich aber eine Persönlichkeitswahl. Unsere Erfahrung aus den letzten Wahlen zeigt: Es ist relativ leicht, eine zweite Liste einzureichen, gegen den Willen der Belegschafts-Mehrheit. Die Beschäftigten reagieren viel zu oft damit, dass sie dann gar nicht zur Wahl gehen. Zitat: „Würdet ihr Persönlichkeitswahl machen, würde ich wählen.“</p> <p>Das Wahlverfahren „Verhältniswahl mit offenen Listen“ ist in der Mehrzahl der Bundesländer aus der Kommunalwahl vertraut. (Überblick: https://www.wahlrecht.de/kommunal/). Es verbindet Listenwahl und Persönlichkeitswahl. Wie bei der Kommunalwahl kennen auch in den Betrieben die Wähler viele der Kandidaten. Personen direkt wählen zu können ist gerade bei der Betriebsratswahl</p>	<p><u>Annahme mit Änderungen:</u></p> <p>c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen:</p> <p>Der geschäftsführende Hauptvorstand der IG BCE soll sich dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Vorgaben für das normale Wahlverfahren der Betriebsratswahlen dahingehend geändert werden, dass bei der Wahl zum Betriebsrat auch bei Listenwahl einzelne Personen gewählt werden können.</p> <p>Weiterleitung an die IG BCE Landesbezirksdelegiertenkonferenz</p>

	<p>demokratischer als die reine Listenwahl. Bei der Listenwahl ist die Vorauswahl der Listenaufstellung entscheidender als der Wählerwille.</p> <p>d) Vertrauensleute der Fresenius Medical Deutschland GmbH, Werk Schweinfurt</p>	
--	--	--

Antrag C001

zur 4. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirks Mainfranken
am 20.02.2021

<p>Lfd. Nr. C 001</p>	<p>a) Antragstitel b) Antragsteller c) Wortlaut des Antrages bzw. der EntschlieÙung und Begründung d) Ursprung des Antrages</p>	<p>Stellungnahme der Antragskommission</p>
	<p>a) Mehr Chancengleichheit für Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte in Erziehungs- und Pflegezeiten</p> <p>b) Bezirksfrauenkonferenz Mainfranken</p> <p>c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen:</p> <p>die zuständigen Gremien der IG BCE werden aufgefordert sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass durch neue Beteiligungsmöglichkeiten Erziehungs- und Pflegezeiten sowie Teilzeitarbeit keine negativen Auswirkungen auf die Entgeltentwicklung, die berufliche Weiterentwicklung und Karrierechancen mehr hat.</p> <p><u>Begründung:</u> Deutschland ist mit einem Gender Pay Gap von 21% im europäischen Vergleich auf Platz 3 der Länder mit der größten Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern. Frauen verdienen aus unterschiedlichen Gründen im Durchschnitt 21% weniger als Männer. Die Ungleichheit lässt sich unter anderem damit begründen, dass Frauen andere Berufe wählen als Männer, innerhalb der Unternehmen andere Positionen von Frauen besetzt werden als von Männern und sich der Erwerbsverlauf einer Frau häufiger unterbrochen wird oder durch Teilzeitarbeit gekennzeichnet ist. Mit den Entgeltstrukturen in unseren Tarifverträgen und der Eingruppierung nach Tätigkeit können wir den Grundsatz des Equal Pay zwischen den Geschlechtern sicherstellen.</p>	<p><u>Annahme mit Änderungen:</u></p> <p>c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen: die zuständigen Gremien der IG BCE werden aufgefordert sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass durch neue Beteiligungsmöglichkeiten für Erziehungs- und Pflegezeiten sowie Teilzeitarbeit geschaffen werden und diese somit keine negativen Auswirkungen auf die Entgeltentwicklung, die berufliche Weiterentwicklung und Karrierechancen mehr haben.</p> <p>Weiterleitung an die IG BCE Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern</p>

	<p>Auch Quotenregelungen tragen zur Verringerung der Entgeltlücke bei.</p> <p>Die Unterbrechung des Erwerbsverlaufs und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen werden bisher jedoch noch nicht durch gesetzliche oder tarifliche Regelungen abgefangen.</p> <p>Der Erwerbsverlauf von Frauen ist häufig durch Schwangerschaften, Eltern- und Erziehungszeiten unterbrochen. Laut dem zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2017 leisten Frauen im Gesamtdurchschnitt 52,4 % mehr Familien- und Sorgearbeit als Männer. Viele Frauen kehren danach in ein Teilzeitarbeitsverhältnis zurück.</p> <p>Wir, der Bezirksfrauenausschuss Mainfranken, sehen die Arbeitgeber hier in der Verantwortung sich für Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern einzusetzen. Um dies zu beschleunigen fordern wir tarifliche Regelungen, die Chancengleichheit in den Betrieben fördern.</p> <p>Neben den Unterbrechungen der Erwerbsbiografie durch Schwangerschaft und Elternzeit kehren 58% der berufstätigen Frauen in Deutschland nach Erziehungszeiten nur in Teilzeit zurück. Die Auszeiten nach der Geburt eines Kindes und die Teilzeitbeschäftigung über viele Jahre führt dazu, dass die Qualifikation entwertet wird und somit, Humankapital verloren geht.</p> <p>Viele Arbeitgeber werten Mutterschaft als Ausdruck fehlender Karriereorientierung.</p> <p>Vereinbarkeitsprobleme von Kindern und Beruf verursachen Stress, der sich wiederum als negativer Einfluss auf die Produktivität der Beschäftigten ausgelegt wird.</p> <p>Einige Faktoren wie flexible Arbeitszeiten, klare Vertretungsregeln und Job Sharing Modelle können dazu beitragen die Voraussetzungen für die berufliche Chancengleichheit weiter zu verbessern.</p> <p>Um den Verlust von Humankapital während Erziehungszeiten vorzubeugen benötigen wir Regelungen in unseren Tarifverträgen, die den Beschäftigten in Erziehungs- oder auch Pflegezeiten ermöglichen auch während dieser Zeiten weiterhin an das Unternehmen angebunden zu sein und Weiterbildungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Nur so kann sichergestellt werden, dass nach einer Rückkehr aus der Erziehungszeit die gleichen Karrierechancen bestehen wie vor der Schwangerschaft.</p>	
--	---	--

	<p>Ein zusätzlich positives Signal wäre die vermehrte Förderung von Elternzeit auch für Männer. Dies könnte zum Beispiel durch einen tariflich geregelten Entgeltausgleich während Elternzeit, Erziehungs- oder Pflegezeiten für alle Geschlechter gefördert werden. Damit könnte zusätzlich das Risiko der Altersarmut weiter verringert werden. Neue Arbeitsmodelle wie kurze Vollzeitarbeit oder Jobsharing auch in Führungspositionen können ebenfalls dazu beitragen die Chancengleichheit zu ermöglichen. Eine vernünftige Personalplanung, mit ausreichend Spielraum ist für solche Modelle unverzichtbar und für die Zukunft unumgänglich. Nur so können wir es schaffen, das Gender Pay Gap weiter zu verkleinern und somit ebenfalls das Risiko für Altersarmut speziell für Frauen weiter zu verringern. Wir fordern die IG BCE auf, diese Punkte bei der Entwicklung neuer Tarifverträge zu berücksichtigen und sich somit durch tarifliche Regelungen noch mehr für die Chancengleichheit einzusetzen.</p> <p>d) Bezirksfrauenausschuss Mainfranken</p>	
--	--	--

Antrag S001

zur 4. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirks Mainfranken
am 20.02.2021

<p>Lfd. Nr. S 001</p>	<p>a) Antragstitel b) Antragsteller c) Wortlaut des Antrages bzw. der EntschlieÙung und Begründung d) Ursprung des Antrages</p>	<p>Stellungnahme der Antragskommission</p>
	<p>a) Beitragstabelle erweitern</p> <p>b) Vertrauensleute der Fresenius Medical Deutschland GmbH, Werk Schweinfurt</p> <p>c) Die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz Mainfranken mögen beschließen:</p> <p>Der geschäftsführende Hauptvorstand möge die Beitragstabelle der IG BCE nach oben hin erweitern.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Beitragstabelle wurde vermutlich schon seit langem nicht mehr aktualisiert. Interessierte mit höheren Einkommen fühlen sich hier nicht berücksichtigt. Wir wurden im Rahmen unserer Tätigkeit als Vertrauensleute darauf aufmerksam gemacht. Die IG BCE spricht Kolleginnen und Kollegen aller Entgelthöhen an. Derzeit endet die Tabelle bei einem Monatseinkommen von 3481,90 €. Das höchste Entgelt z.B. in der Chemischen Industrie Bayern ist 5997 €. Die Beitragstabelle sollte so erweitert werden, dass sie das höchste Entgelt aller Tarifverträge im Bereich der IG BCE umfasst, zudem mindestens 10-20 % darüber hinaus, um auch für die nächsten Jahre vorbereitet zu sein.</p> <p>d) Vertrauensleute der Fresenius Medical Deutschland GmbH, Werk Schweinfurt</p>	<p>Annahme Weiterleitung an VB 3 Abteilung Mitglieder und Organisationsentwicklung der IG BCE Hauptverwaltung</p>